Abend-Ausgabe

Deutsche Allgemeine Zeitung

Preis 40 Pfg.

Donnerstag, 29. Dezember 1921

Erscheint wochentags morgens, Sonntags und Montags einmal mit folgenden Beilagen: Sonnabendnummer in den Morgen-Ausgaben: Sonntags Bilder-Chronik, Unterhaltung — Lehren und Lernen — Sport, Kraft und Stoff, Weltwerkehr, Reisen und Wandern; Dienstags Unterhaltung — Wirtschaft und Recht — Sport; Mittwochs Bilder-Chronik, Unterhaltung — Frau und Welt — Sport; Donnerstags Unterhaltung — Lehren und Lernen — Sport; Freitags Bilder-Chronik, Unterhaltung — Wirtschaft und Recht — Sport; Sonnabends Unterhaltung — Frau und Welt — Sport

Schriftleitung Berlin Kochstraße 30-32 Fernspr. Sammel-Nr. 48 Wilhelm; Geschäftsstelle Berlin Kochstraße 30-32 Fernspr. Sammel-Nr. 48 Wilhelm; Postscheck Berlin Nr. 107941

Bezugspreis monatlich ℳ 18,— frei Haus, wenn morgens und abends von Haus. Man bestellt in Groß-Berlin beim Verlag, außerhalb bei der Post. In Fällen höherer Gewalt Betriebsstörung oder Streik besteht kein Anspruch auf Lieferung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Anzeigen werden über Annahme in einer bestimmten Morgen- oder Abend-Ausgabe entgegengenommen zum Tagespreise von ℳ 4 — für die 33 mm breite mm-Zeile, für Anzeigen mit Ortsbezug, bzw. ℳ 12,— für die 67 mm breite mm-Zeile im Reklameteil. Anzeigen in den äußeren Bezirken werden nach besonderem Tarif berechnet.

Nr. 600
60. Jahrg.
B 226

Tages-Spiegel.

Sarraut hat vor der maritimen Kommission in Washington die endgültige Erklärung abgegeben, daß Frankreich auf 90 000 Tonnen für die U-Boote bestehen müsse.

*

Die Botschafterkonferenz billigte gestern den Vorschlag der Generalkommission, das Burgenland am 1. Januar Ungarn zu übergeben.

*

Die jugoslawische Regierung hat wegen der neuen Einfälle der Albanier in die neutrale Zone eine Protestnote an den Obersten Rat gesandt.

*

Der griechische Ministerpräsident Gunaris ist in Begleitung des Außenministers in Rom eingetroffen.

Spanien und Frankreich.

Allen Lockungen und Drohungen zum Trotze hat Spanien während des Weltkrieges gegen Deutschland seine Neutralität unverbrüchlich aufrechterhalten. Von dieser Zeit aber rührt eine Spannung zwischen Spanien und Frankreich her, die mit der Zeit mehr und mehr der Oeffentlichkeit offenbar geworden ist.

Als die Rifkabyllenge in Marokko, an ihrer Spitze Abd el Krim und Raisuli, die Waffen erhoben, da gab es in Spanien nur die eine Meinung, daß französische Heereslen dazu ihr gut Teil beigetragen hätten, auch von französischen Gelds- und Waffenlieferungen war unverhohlen die Rede. Wurde doch seinerzeit nach einer Meldung des Blattes „La Banguardia" in Barcelona ein französischer Major wegen Waffenschmuggels an Marokkaner zu 30 Jahren Zwangsarbeit, weitere französische Offiziere sehr empfindlich bestraft. In Frankreich andererseits scheute man sich nicht, die unglaublich aktive Behauptung aufzustellen, daß Deutschland hinter den Marokkanerunruhen stünde. Als ob wir gerade nicht andere Sorgen genug hätten, als dem befreundeten Spanien in Marokko Schwierigkeiten zu bereiten! — Deutschland denkt nicht daran, die rechtlichen und natürlichen Ansprüche Spaniens auf Marokko irgendwie zu bestreiten.

Die zwischen Frankreich und Spanien bestehende Spannung trat aber noch mehr in die Erscheinung, als am 10. November die französische Regierung den aus dem Jahre 1918 stammenden modus vivendi der französisch-spanischen Zollregelung kündigte, der bis dahin von drei zu drei Monaten stillschweigend erneuert worden war. Daß Spanien an diesem brüsken Vorgehen seines Nachbarn seine Schuld trägt, hat der Staatsminister Hontoria am 12. Dezember vor der spanischen Kammer ausführlich begründet. Nach seinen Darlegungen hat die spanische Regierung, um eine Verlängerung des modus vivendi zu erreichen, Zugeständnisse bis zu den Grenzen des Möglichen gemacht. Ein besonderer Streitpunkt war die Frage der spanischen Valutaschläge. Die spanische Regierung hat die Zusicherung abgegeben, daß sie beabsichtige, diese Zuschläge mit Einführung des neuen spanischen Zolltarifs zu beseitigen. Frankreich habe an Spanien Forderungen gestellt, die dieses Land ohne Schädigung seiner Beziehungen zu anderen Ländern nicht zu erfüllen in der Lage gewesen sei, ohne andererseits die Verpflichtungen zu Gegenleistungen anzuerkennen. Staatsminister Hontoria kündigte gleichzeitig ein Rotbuch an, in dem die Einzelheiten der Verhandlungen zwischen Spanien und Frankreich dargelegt werden sollten.

Nach den Mitteilungen des Staatsministers Hontoria scheint die spanische Regierung in der Tat alles getan zu haben, um die friedlichen Wirtschaftsbeziehungen zu Frankreich fortbestehen zu können. Deutschland kennt die imperialistische Politik Frankreichs zur Genüge. Auch in Washington, wo die Führer der amerikanischen Nation alles daransetzen, die Menschheit vom Albdruck kommender Kriege nach Möglichkeit zu befreien, zeigt sich Frankreich als Störenfried. Frankreichs Verhalten gegen Spanien trägt ebenfalls nicht dazu bei, den Weltfrieden zu sichern. Die schweren Folgen des augenblicklichen Zollkrieges müssen auf die politischen Beziehungen beider Länder verstimmt wirken.

Spanien hat im Weltkriege seinen Friedenswillen unter großen Opfern bewahrt. Das ist der beste Beweis dafür, daß es auch jetzt bemüht gewesen ist, die Konfliktsstoffe möglichst zu beseitigen. C. G.

Die Regelung deutsch-amerikanischer Verbindlichkeiten.

W. T. B. meldet:

Auf Grund des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages vom 25. August 1921 sind den Vereinigten Staaten von Amerika das Recht zu, innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten dieses Vertrages ihren Beitritt zu dem bekannten im Vertrage von Versailles geregelten Schadensausgleichsverfahren zu erklären.

Da die Regierung der Vereinigten Staaten eine solche Erklärung innerhalb der vorgesehenen Frist nicht abgegeben hat, kommt das Ausgleichsverfahren für die Regelung von Verbindlichkeiten zwischen Deutschen und Angehörigen der Vereinigten Staaten nicht in Frage. Dies ist durch den Reichsminister für Wiederaufbau in dem am 28. Dezember 1921 ausgegebenen Reichsgesetzbl. Nr. 117 bekanntgemacht worden. Mit dem Ablauf dieses Tages tritt damit das in dem Ausführungsgesetz zum Friedensvertrag vom 31. August 1919 (Reichsgesetzbl. S. 1580) enthaltene Zahlungs- und Zahlungsannahmeverbot gegenüber den Vereinigten Staaten außer Kraft.

Somit steht nunmehr der unmittelbaren Regelung deutscher Verbindlichkeiten gegenüber Angehörigen der Vereinigten Staaten nichts mehr im Wege.

Wiederaufbau des Handels mit Rußland.

Zur Pariser Finanzkonferenz.

Paris, 29. Dezember (W. T. B.)

Ueber den Zweck der morgen beginnenden Beratungen alliierter Sachverständiger aus Handel, Industrie und Finanzen schreibt der „Matin", es handele sich um die Schaffung eines Konsortiums zur Wiederaufrichtung des Handels in Rußland. Es sei ein rein privates Unternehmen, die Regierungen wollten sich fernhalten, das Unternehmen zu ermutigen und zu kontrollieren, es würden aber keine Staatsgelder dafür aufgewandt werden. Die Amerikaner sollen aufgefordert werden, an dem Unternehmen teilzunehmen, das sich nicht lediglich auf Rußland beschränken, sondern alle Fragen bearbeiten werde, die Mitteleuropa betreffen. Auch den Deutschen werde eine Beteiligung gleich den anderen Großstaaten angeboten werden, unter der Bedingung jedoch, daß die Hälfte des deutschen Anteils an Reparationszahlungen stehen bleiben werde. Diese Konferenz und dieses Konsortium mit Privatkapital habe nichts zu tun mit der internationalen Konferenz zur Gründung des Wechselkurses, die Anfang Februar vermutlich in Genf stattfinden werde. Die hiesige Konferenz würde jedenfalls auch Rußland teilnehmen.

Während in der englischen Presse der Meinung Ausdruck gegeben wird, daß die Nachricht über bevorstehende direkte Verhandlungen zwischen der Reiseregierung und England „höchstens verfrüht" seien, leugnet die französische Presse das Bestehen einer derartigen Absicht völlig.

So erklärt „Journal des Débats", es könne nach Auskunft aus diplomatischen und offiziellen Kreisen bestätigen, daß keine Konferenz zwischen Lloyd George und Lenin mit Tschitscherin und Litwinow geplant sei. Nur Verhandlungen allgemeiner Art, die die Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens in Rußland zum Ziele haben, seien ins Auge gefaßt worden. An unmittelbare Verhandlungen mit der Sowjetregierung werde nicht gedacht werden, bevor alle finanziellen und politischen Garantien sichergestellt seien, die die Grundlage jeder Erörterung bilden müßten.

Die große Europakonferenz.

Englische Pressestimmen.

London, 29. Dezember. (W. T. B.)

Die Londoner Blätter melden zu dem Vorschlag, eine Wirtschaftskonferenz auf die Reparationskonferenz folgen zu lassen und Deutschland sowie Rußland zur Teilnahme einzuladen, es sei sicher der Wunsch und die Absicht Englands, eine allgemeine Konferenz über Wirtschaftsfragen abzuhalten. „Daily Mail" bezeichnet den mit den französischen Ministern und die Einladung der Finanz- und Handelssachverständigen seien Schritte in dieser Richtung. Der Erfolg würde jedoch von den Beschlüssen des Obersten Rates abhängen.

„Evening Standard" ist der Auffassung, daß Rußland sich dem Standpunkte der Verbündeten allmählich genähert habe. Es bestehe die Möglichkeit, daß die Konferenz in Cannes zu einer Annäherung der Sowjetregierung sowohl an die Alliierten, als auch an die Vereinigten Staaten führen werde.

„Manchester Guardian" gibt in einem Leitartikel der Meinung Ausdruck, daß die Meldung über eine bevorstehende Einladung an Tschitscherin und Litwinow, nach London zu kommen, höchstens verfrüht sei. Rußland und Deutschland, sagt das Blatt, halten die Schlüssel zu dem wirtschaftlichen Durcheinander in Europa in Händen und Rußland nach Ansicht vieler Leute den Hauptschlüssel.

„Wall Mall and Globe" schreibt, Englands Hilfe für Rußland als Kunden nötig und befolge nicht darauf, daß die Hilfe zunächst mit der Aufrechnung auch ein Neumundbesitzgesetz beginne. Wenn die amtlichen Beziehungen zu Rußland nicht bald wiederhergestellt würden, so würde Deutschland das russische Wirtschaftsleben sofort mit seinem eigenen verquicken, den russischen Handel von sich abhängig machen, Englands einen Kunden wegnehmen und sich ein Monopol auf die russischen Rohstoffe sichern. Lloyd George werde vielleicht innerhalb seines eigenen Kabinetts einen Kampf zu gewärtigen haben. Minister Churchill und Churchill Kinder, wird es heißt, den Zielen der Konferenz von Cannes keineswegs wohlwollend gegenüber.

Die Vorbereitungen für Cannes.

Paris, 28. Dezember. (W. T. B.)

Wie der „Temps" mitteilt, werden an den Beratungen der Vorbereitungen der Konferenz von Cannes, die unter dem Vorsitz des Ministers Bouchier am Sonnabend in Paris beginnen, auch Vertreter der Delegierten der italienischen und der belgischen Regierung teilnehmen. Für Italien wird dessen Handelsminister als Vertreter erwartet.

London, 29. Dezember. (W. T. B.) Reuter zufolge wird der Hauptteil der britischen Mission — etwa 20 Personen — am Sonntag morgen nach Cannes abfahren. Heute begeben sich u. a. Worthington Evans, Sir Basil Blackett von Schatzamt, Lord Inverclyde, Sir Robert Kindersley mit ihren Stäben nach Paris, am Freitag und Sonnabend die Finanzkonferenzen stattfinden.

Brüssel, 29. Dezember. (T. U.) Der belgische Ministerrat beschäftigte sich außerhalb mit der Frage der Reparationen und besonders der belgischen Priorität angesichts der Konferenz von Cannes. Hymans, der mit einer Unterfuchung der Reparationsfrage beauftragt worden war, erklärte, daß das belgische Prioritätsrecht nach immer unangetastet sei.

Entscheidung der Botschafterkonferenz über die Deutschen Werke A.-G.

Die Botschafterkonferenz hat gestern die Entscheidung über die Deutschen Werke A.-G. getroffen. Der Beschluß der Konferenz wird der deutschen Regierung durch die Interalliierte Militärkontrollkommission mitgeteilt werden. An der hiesigen zuständigen Stelle liegt bisher eine Mitteilung über den Inhalt dieses Beschlusses nicht vor.

Der Londoner Reparationsplan.

Frankreich gegen eine Revision.

London, 29. Dezember. (W. T. B.)

„Daily Express" zufolge hat Präsident Harding nunmehr endgültig beschlossen, keine Wirtschaftskonferenz einzuberufen; dagegen werde er versuchen, vom Kongreß die Befugnis zu erhalten, eine Regelung der Schulden unter den Verbündeten zustande zu bringen. Eine allgemeine Revision des Londoner Reparationszahlungsplanes stehe augenblicklich nicht auf dem Programm der Konferenz von Cannes. Einem solchen würde sich Frankreich und auch Belgien im gegenwärtigen Stadium bis zum äußersten widersetzen. Der Oberste Rat werde in Cannes jedoch zu entscheiden haben, was Deutschland in bar oder in Waren während des Jahres 1922 zu zahlen habe.

Belgien, Deutschland und Sowjetrußland würden an einer internationalen Konferenz für europäische Wirtschaftsfragen teilnehmen. Sowjetrußland werde aber zu der Konferenz nur eingeladen werden können, wenn es endgültige Zusagen gebe, daß in Zukunft seine Finanzen und Wirtschaftspolitik wie im Verbalten bezüglich des Schutzes des Privateigentums, des internationalen Handels und der Handelsgesetzgebung in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der zivilisierten Regierungen stehen werden.

Die deutschen Kohlenlieferungen.

Paris, 28. Dezember. (W. T. B.) Wie die „Liberté" erfährt, hat die Reparationskommission sich in ihrer heutigen Sitzung erneut mit der Frage der deutschen Kohlenlieferungen befaßt. Die zwei Morgenblätter dieser gemeldet hatten. Ueber diese Frage werde erst in einer späteren Sitzung beraten werden.

Sarrauts Erklärung zur U-Bootfrage.

Die Erwiderungen Hughes und Balfours.

Paris, 29. Dezember. (W. T. B.)

Nach einer Havasmeldung aus Washington hat gestern vor der maritimen Kommission der Delegierte Frankreichs Sarraut die offenbar endgültige Erklärung abgegeben, daß Frankreich keine geringere Tonnage als 330 000 Tonnen für die Hilfsschiffe und 90 000 Tonnen für die U-Boote beanspruchen werde. Die britischen und japanischen Delegierten hätten erklärt, daß sie sich angesichts des Verlangens Frankreichs ihre Haltung in der Frage der Tonnage der Hilfsschiffe vorbehalten müßten.

Havas meldet weiter:

Nachdem Sarraut die Erklärung über die Haltung Frankreichs in der Unterseebootsfrage abgegeben hatte, ergriff Staatssekretär Hughes das Wort und dankte Frankreich, daß es bezüglich der Großkampfschiffe Opfer auf sich genommen habe. Er sprach aber sein Bedauern aus, daß Frankreich keine gleichen Opfer hinsichtlich der Unterseeboote und der Hilfsschiffe bringe.

Balfour sprach sich in gleichem Sinne aus. Das von Frankreich ins Auge gefaßte Programm erfordere als Bedrohung Englands. Englands neue infolgedessen eine Verteidigungsstreitmacht gegen die Flotte von U-Booten bauen müssen, die in nächster Nähe seines Gebietes geschaffen werde.

Paris, 29. Dezember. (W. T. B.) Der Marineausschuß der Konferenz hat gestern eine Sitzung ab, um Erklärungen des Marineministers über die Verhandlungen in Washington entgegenzunehmen. Der Ausschuß beschloß, das Ministerium zu verpflichten, die maritimen Interessen Frankreichs energisch zu unterstützen, das eine genügend starke Flotte nötig habe, um seine Küsten, seine Kolonien und die Freiheit seiner Seewege zu schützen.

Bevorstehender Abschluß der Konferenz.

P. **London**, 29. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Die Ursache, daß sowohl die englischen wie die französischen Sachverständigen Anstalten zur Abreise treffen, bestätigt die Vermutung, daß die Konferenz in Kürze abgeschlossen werden wird, und daß die Frage der Rüstungsbeschränkungen zu Lande auf dieser Konferenz nicht mehr behandelt werden wird. „Morning Post" bemerkt dazu, daß dieses Problem eigentlich ein europäisches sei, welches Amerika nur indirekt berühre. Es sei nicht unwahrscheinlich, daß der Gedanke einer europäischen Abrüstungskonferenz im nächsten Frühjahr aufgenommen werde.

Gegen den französischen Militarismus.

London, 29. Dezember. (W. T. B.)

Einer Reutermeldung aus Washington zufolge wird von den Delegierten auf der Washingtoner Konferenz erklärt, die Forderung Frankreichs nach einem Minimum von 90 000 Tonnen für seine U-Boots-Flottille habe die Tür für jedes Uebereinkommen geschlossen.

„Daily Telegraph" schreibt: Frankreich habe den Weg für die Lösung, die Amerika, England und Japan herbeiführen wünschen, verperrt. Zahlreiche Anzeichen sprechen dafür, daß starker Unwille in den Vereinigten Staaten gegen Frankreich herrsche. Auf allen Seiten erhebe sich Widerspruch gegen den französischen Militarismus. Die Franzosen seien durch den Gang der Ereignisse sehr gereizt und erklärten, die Amerikaner verständen die politische Lage in Paris nicht.

Das Burgenland an Ungarn.

Paris, 28. Dezember. (W. T. B.)

Die Botschafterkonferenz beschäftigte sich heute mit der Frage der Volksabstimmung in Oedenburg. Sie billigte die Vorschläge des Nationalrates der Generale, das Gebiet an Ungarn am 1. Januar zu übergeben.

*

Oesterreich hatte bei der Botschafterkonferenz Schritte gegen die Art und Weise unternommen, in der die Volksabstimmung in Oedenburg durchgeführt worden ist, und in einer Denkschrift seinen Rechtsstandpunkt und seine Beschwerden wiederholt. Gleich darauf wußte das ungarische Tel.-Korr.-Bureau zu melden, daß die Einwendungen Oesterreichs von der Entente nicht als stichhaltig angesehen worden würden. Dies wird durch die obige Meldung von dem Beschluß der Botschafterkonferenz bestätigt.

So wird denn ein neues Stück aus dem blutenden Körper Deutschösterreichs gewaltsam herausgerissen. Eine große Zahl deutscher Stammesgenossen wird wider seinen Willen vom Mutterlande getrennt. Wir verstehen den Schmerz, den diese Nachricht in Deutschösterreich und im Burgenlande selbst auslösen muß, voll und ganz. „Das Selbstbestimmungsrecht der Völker" kann, wie aufs neue bewiesen worden ist, durch eine Abstimmung nicht klar zutage treten. Wie in Oberschlesien, dabei Terror und andererseits allerlei Verdunkungen italienischer Kriegsschiffe aus jugoslawischen Häfen besteht.

Graz, 29. Dezember. Die „Tagespost" meldet aus Pola: Um weitere Zusammenstöße zu verhindern, hat das Militär in Sebenico die wichtigsten Punkte besetzt. Der italienische Konsul hat sich auf ein italienisches Kriegsschiff begeben.

Das deutsche Eigentum in Elsaß-Lothringen.

Paris, 29. Dezember. (W. T. B.) Die Kammer, die gestern die Beratungen über die Sequestrierung der deutschen Vermögen in Elsaß-Lothringen, vor allen Dingen über die Sequestrierung der Kaliwerken, fortsetzte, ist nunmehr mit einem Antrage des Sozialisten Uhry befaßt worden, der die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission verlangt, die die von ihm vorgebrachten Mißstände prüfen soll.

Der Zwischenfall von Sebenico.

Graz, 28. Dezember. (W. T. B.)

Die „Tagespost" meldet aus Belgrad:

Der italienische Gesandte hat dem jugoslawischen Ministerpräsidenten wegen der Vorfälle in Sebenico eine Protestnote übersandt. Der jugoslawische Ministerrat hat beschlossen, einen besonderen Beamten nach Sebenico zu entsenden, der die Vorfälle in der Stadt untersuchen soll. Nach der gleichen Quelle sind während des gestrigen Tages mehrere italienische Kriegsschiffe in den Gewässern von Sebenico und Spalato angekommen.

Die „Tagespost" meldet aus Agram: Die akademische Jugend hielt heute eine große Protestversammlung gegen die von den Italienern in Dalmatien vorgenommenen Verhaftungen ab und verurteilte sodann vor dem hiesigen italienischen Konsulat eine große italienfeindliche Kundgebung.

*

Wir hatten über die Vorfälle in Sebenico berichtet. Am ersten Weihnachtsfeiertage ist es dort zwischen Matrosen eines italienischen Kriegsschiffes und südslawischen Einwohnern zu Zusammenstößen gekommen.

Die jugoslawische Regierung hat ebenfalls eine Note nach Rom gerichtet, in der sie Aufklärungen verlangt und auf der Entfernung italienischer Kriegsschiffe aus jugoslawischen Häfen besteht.

Anmeldung von Aufruhrschäden in Oberschlesien.

W. T. B. meldet: Sach- und Personenschäden, die durch die polnische Aufstandsbewegung in Oberschlesien seit dem 11. Februar 1920 entstanden sind, können von den aufständischen Oberschlesiern wohnenden Geschädigten noch bis zum 31. 1. 1922 bei der Geschäftsstelle des Reichs- und Staatskommissars für die Ermittelung der Aufstandsschäden in Oberschlesien, Oppeln, Malapanerstraße 18 angemeldet werden. Mit einer weiteren Fristsetzung der Anmeldefrist kann unter keinen Umständen mehr gerechnet werden.

Der Eisenbahnerstreik.

Keine weitere Ausdehnung.

Eine Ausdehnung des Streiks der Eisenbahner in den Bezirken des rheinisch-westfälischen Industriegebiets auf andere Teile des Reichs ist bis heute mittag nicht erfolgt. Die Streikbewegung beschränkt sich vielmehr bisher auf die Bezirke Köln, Elberfeld und Essen. In Köln wird nach den heute vormittag hier eingegangenen Berichten der Betrieb aufrechterhalten. Heute vormittag findet dort eine Versammlung der Funktionäre des Eisenbahnerverbandes statt, es soll sich angeblich bis 2 Uhr entscheiden, ob in den Streik eingetreten wird oder nicht.

Im Elberfelder Bezirk hat sich die Lage insofern verschlechtert, als an den wichtigsten Eisenbahnpunkten Barmen und Hagen kleine Teilstreiks ausgebrochen sind. In Hagen streiken die Arbeiter des Eisenbahnwerkstätten. An verschiedenen Stellen ist von den Streikenden der Betrieb behindert worden. Es soll zur Aufrechterhaltung des Betriebs Schutzpolizei eingesetzt werden.

Der Streik beschränkt sich, soweit er ausgebrochen ist, auf die Arbeiter. Beamte sind nirgends in den Streik eingetreten.

Ueber die Vorgeschichte des Streiks sind in einer Anzahl von Blättern unrichtige Mitteilungen enthalten. Der Reichsverkehrsminister hat bei den Verhandlungen am 23. und 24. Dezember den Vertretern der Großorganisationen erklärt, daß eine allgemeine Verschuldenbeilegung an alle Arbeiter nach den Wünschen der Reichsregierung nicht möglich sei.

Er hat sich aber ausdrücklich bereit erklärt, mit den Großorganisationen darüber zu beraten, wie zu solchen Orten, an denen sich ein starkes Anziehen der Industriekohlen bemerkbar gemacht hat, eine Angleichung der Löhne der Eisenbahner an die Industriekohlen in einer für die Regierung erträglichen Weise herbeigeführt werden könnte. Bei den weiteren Besprechungen über Einzelheiten haben dann die Großorganisationen unter Vorlegung gewichtiger Gründe eine Heraushebung einzelner Orte oder Wirtschaftsgebiete unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht als tatsächlich gleichend und ihre Forderungen auf eine allgemeine Vorschußzahlung wiederholt.

Der Vertreter des Verkehrsministers hat damals zum Ausdruck gebracht, daß dieser Antrag wegen seiner Rückwirkung auf die übrigen Ressorts nur durch die gesamte Reichsregierung behandelt und entschieden werden könne. Die größte Eisenbahnergewerkschaft hat bei dieser Besprechung mit dem Ministerialreferenten mitgeteilt, daß sie aus ihrer Zentrale einige Vertreter in die bedrohten westlichen Bezirke entsandt habe mit dem Auftrag, beruhigend auf die Arbeiterschaft zu wirken.

Um so überraschender war für die Regierung die Nachricht, daß am 27. Dezember durch die Bezirksleitungen der Eisenbahnergewerkschaften ein Ultimatum gestellt worden sei, des Inhalts, daß noch vor Neujahr für alle verheirateten männlichen Arbeiter ein Vorschuß von 1000 ℳ und für ledige sowie weibliche Arbeiter ein solcher von 750 ℳ zu zahlen sei, und daß in den Streik eingetreten werden solle, falls nicht bis zum Mittwoch nachmittags 2 Uhr die Bewilligung erfolgt sei. Eine solche Forderung war in den Verhandlungen mit den Großorganisationen niemals erhoben worden.

Das Reichskabinett hat sich, wie gemeldet, in seiner gestrigen Sitzung einstimmig auf den Standpunkt gestellt, daß die unter Streikdrohung gestellten Forderungen nicht bewilligt werden könnten, da gegenwärtig ein ungekündigtes Tarifabkommen des Reichsverkehrsministeriums mit dem Eisenbahnerverband besteht und daß das Vorgehen der Eisenbahner einen Tarifbruch darstellt.

Die Gerüchte, daß die Regierung bereit sei, in Verhandlungen mit den Eisenbahnern einzutreten, wenn gewisse Voraussetzungen von dieser Seite erfüllt würden, sind, wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, unbegründet.

Eine Entschließung der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner.

Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, die dem deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossen ist, hat in ihrem Vorstand heute folgendes beschlossen:

„Die Bewegung in den Direktionsbezirken Elberfeld, Köln und Essen ist als wilde Bewegung anzusehen. Die Zentralleitung der Gewerkschaft lehnt die Teilnahme daran ab.

Die Gewerkschaft befindet sich mit dem Reichsverkehrsministerium im Stadium der Verhandlungen mit dem Ziele, eine vernünftige Detailklasseneinteilung für die Arbeiter mit nichtseinender Kraft und eine Gleichstellung mit den in der Privatindustrie gezahlten Löhnen unbeschadet der im Zahlmaus zu erwartenden Regelung zu erreichen. Die Verhandlungen sind nach den bestehenden gewerkschaftlichen Grundsätzen zunächst zu Ende zu führen. Erst wenn ihr Ergebnis vorliegt, kann von der Gewerkschaftsleitung beschlossen werden, ob von der Gewerkschaftsleitung endgültig beschlossen werden, ob dieses Ergebnis genügt oder ob weitere Schritte zu ergreifen sind. Während der noch im Gange befindlichen Verhandlungen Streikaktionen zu unternehmen, wird als ungewerkschaftlich zurückgewiesen. Das Reichsverkehrsministerium wird ersucht, die eingeleiteten Verhandlungen im positiven Sinne mit Beschleunigung zum Abschluß zu bringen.

Die Leitung der Gewerkschaft hat das Vertrauen, daß die in ihren Mitgliedern bestehende Parole streikfreie Folge leisten und sich nicht von unbefonnenen Elementen in örtliche Bewegungen hineinzwingen lassen. Falls der Zeitpunkt kommen sollte, in dem seitens der Gewerkschaft zu Kampfmitteln gegriffen werden müßte, führt der Weg nicht über begrifflich angeschlossene Parole, sondern kann nur in einer einheitlichen von den Gewerkschaften möglichst gemeinsam zu betreibenden Aktion zum Ziele gebracht werden."

Die Streiklage.

Elberfeld, 29. Dezember. (W. T. B.) Die streikenden Eisenbahner haben heute nacht die Parole ausgegeben, den Streik mit aller Schärfe durchzuführen. Nur die Transporte der Interalliierten Kommission sollen von den Streikenden bewerkstelligt werden.

Der Ausstand erstreckt sich zurzeit bis Schwerte. Zwischen der Interalliierten Kommission und der Streikleitung wird zurzeit verhandelt. Vorher hatte die Interalliierte Kommission erklärt, daß sie keine Schwierigkeiten machen würde, wenn nur ihre Transporte restlos ausgeführt werden könnten, was sich aber doch Schwierigkeiten ergeben.

km. Elberfeld, 29. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die „Bergisch-Märkische Zeitung" meldet, ist der hier ausgebrochene Streik der Eisenbahnarbeiter nun tatsächlich von der freien Gewerkschaftsorganisation des Deutschen Eisenbahnerverbandes ausgelöscht worden. Der Verkehr im Direktionsbezirk Elberfeld ruht fast vollständig. Es verkehren nur noch ganz wenige Züge von und nach dem besetzten Gebiet. Innerhalb des unbesetzten Gebietes weisen die Züge allerdings fast zur keine Verspätte auf, da niemand weiß, ob und wann er wieder zu seinem Ausgangsort zurückgelangen kann. Der Güterverkehr auf den betreffenden Strecken ist gänzlich zum Erliegen gekommen. Die Beamtenschaft hält sich nach wie vor neutral.

Das Kabinett Take Jonescu.

Von unserem Korrespondenten.

sc. **Bukarest**, Ende Dezember.

Die Regierung Averescu ist über Nacht gestürzt worden und an Averescus Stelle ist Take Jonescu, „der große Europäer", wie man ihn hier ironisch nennt, gekommen, derselbe Take Jonescu, der während des Krieges und nach dem Friedensschluß die Seele der deutschfeindlichen Politik in Rumänien war.

Take Jonescu war im Ministerium Averescu als Außenminister tätig. Die Stellung verdankte er einzig und allein dem General, der ihn aus der Versenkung hervorgeholt hatte. Nicht, daß er der Stellung nicht gewachsen gewesen wäre: Take Jonescu ist und bleibt einer der fähigsten Köpfe des politischen Lebens in Rumänien. Aber seine Rolle war in den letzten Jahren ausgespielt, und es schien fast so, als ob es kein Morgenrot mehr für ihn geben könnte. Da bot der volkstümliche Mann des heutigen Rumänien, General Averescu, und verhalf ihm zur Auferstehung. Zum Dank hat er ihn gestürzt.

Es konnte schon lange innerhalb der Regierung. Der General konnte sich nicht allzu sehr um die einzelnen Ministerien kümmern, weil er weder Zeit, noch Verständnis, noch Geschick für politische Aufgaben hatte. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, wenn die Wirtschaft stolperte, wenn in den verschiedenen Ministerien die Zeitungen und Weberwirtschaft sich breit machte. Frauen verkehrten unbehindert in den Ministerien, hatten überall Eintritt und erzielten allerlei Aus- und Einsicherungsbnisse. Niemand fürchtete die Verantwortung, niemand kümmerte sich um die öffentliche Meinung. Jeder wollte schnell reich werden und, wenn möglich, sein Schäfchen ins Trockene bringen, bevor die Steuerkollen des Finanzministers Titulescu es erfaßte.

Man tritt sich im Ministerrat, man tritt sich in den Parteiklubs und in öffentlichen Versammlungen. Man war unzufrieden, wenn man nicht genug erraffen konnte, und schimpfte auf die Regierung, damit diese dem Schimpfenden irgendeinen Knochen zuwerfe. Es bildeten sich Gruppen und Gruppchen innerhalb derselben Partei, die die Fundamente der Regierung langsam oder sicher erschütterten. Und außerhalb des Parlaments lauerten die Parteien der Zaranisten, der Avdeleni, der Liberalen und einige kleinere Gruppen. Wen sollte nun Averescu zuerst verschonen? —

Schon die Wiedereröffnung des Parlaments war angesichts des Vorsatzes der liberalen Partei ein entschiedenes Kunststück Averescus und seines Innenministers Argetoianu gewesen. Aber gleich nach Beginn der Tagung zeigte sich, daß die Beziehungen zwischen Averescu einerseits und Taksten andrerseits nicht, wie mit einer erspriesslichen Tätigkeit nicht gerechnet werden konnte. Die Taksiten behaupten heute, der General hätte sie nicht betrogen, als er die politische Verständigung mit den Taksiten schloß, um sie zurück ins Parlament zu bringen. Sie erklären entrüstet, man hätte ihnen zugesichert, mit dieser Partei, die sich vorhanden Gelegenheit bekommen verkörpere und der Krone gegenüber eine zweideutige Haltung einnehme, zusammenzuarbeiten. Sie wollten aber nicht mit Averescu gemeinsame Sache machen, die außerdem nach eine deutschfreundliche Politik empfehlen — die Taranisten haben sich wiederholt für eine nähere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland ausgesprochen und deshalb hätten Take Jonescu und sein Kollege, der Justizminister Antonescu demissioniert. Nun wollte Averescu diese beiden Minister durch andere ersetzen und bei dieser Gelegenheit die Basis seiner Regierung durch Heranziehung anderer Elemente aus den bürgerlichen Parteien verbreitern. Allein die Krone nahm diesen Stellung gegen Averescu, der somit gezwungen wurde, sämtliche Portefeuilles dem König zur Verfügung zu stellen. Nach der Mache, die sie im Parlament ausgeführt, sind die Taranisten und die Avdeleni die stärksten Oppositionsgruppen. Die Krone ging aber über diese Parteien hinweg und berief Take Jonescu, der — wie bereits erwähnt — keine Partei hinter sich hat.

Was bezweckt nun die Krone mit dieser Ernennung? Eine starke Regierung kann das Kabinett Take Jonescu keineswegs abgeben. Es fehlen ihm dazu die Persönlichkeiten und die Anhänger. Die angestrengtesten Versuche Take Jonescus, einige Persönlichkeiten zu sich zu gewinnen, blieben erfolglos. Er konnte keinen einzigen Namen von Klang dem König vorlegen und die Liste der Minister ist bunt. Außerdem wollte die Krone das Parlament nicht auflösen und die Mitglieder der Majorität, sowie die Taranisten sind, die einen offen, die anderen stillschweigend, gegen das jetzige Kabinett. Also weshalb ein Kabinett Take Jonescu?

Die Absicht der Krone war, ein „Ministerpausenkabinett", ein cabinet de détente", zu bilden. Um diesem Kabinett die Zeit zu geben, eine wirkliche „détente" zu erzielen, hat man das Parlament um einen Monat vertagt, so daß die Zeit bis zum 17. Januar, dem Datum der Wiedereröffnung des Parlaments, eine Art Galgenfrist für das Kabinett Take Jonescu bedeutet. Gelingt ihm während dieser Zeit nicht die „détente" zu vertwirklichen oder sich eine genügende Majorität im Parlament zu sichern, so wird er gehen müssen, um entweder einer neuerlichen Regierung Platz zu machen oder aber den Liberalen, die jetzt eine kluge Zurückhaltung üben.

Eine fiebernde Regierung wäre aber heute der Beginn unbeschränkter innerpolitischer Komplikationen in Rumänien, da diese wohlbisziplinierte Partei am Gipfel ihrer Unpopularität angelangt ist, unabsehbare wegen ihrer arbeiterfeindlichen Maßnahmen. Und dennoch scheint die Krone — so schreiben die meisten politischen Blätter — dahin treiben zu wollen, indem sie die verschiedenen politischen Persönlichkeiten eine nach der anderen abnützt und gegeneinander ausspielt, um dann unbehindert Bratianu wiederzurufen. Es wird bereits jetzt mit dieser Möglichkeit gerechnet und nur die Abneigung gegen Bratianu war die Ursache, daß die meisten Parteien der Bildung des Kabinetts Take Jonescu mitzig zustimmen.

In der „Bupka", der neuen von Const. Mille herausgegebenen Zeitschrift bietet dieser, indem er auf die Absicht des Königs hinweist, die Brüder Bratianu — „die drei Ratten" — zu Rudern zu rufen: „Für den König existiert nur eine Partei, die weiß ist zu regieren. Alle anderen Parteien bedeuten nichts und existieren nur, um vorübergehend den Platz der liberalen Partei zu halten. Alles geschieht nur für sie und in ihrem Interesse. In diesem Falle verdient der König von Rumänien den Namen: König der Ratten!"

Jedenfalls ist die Regierung Take Jonescu nur ein Vorspiel.

Deutsche politische Hefte aus Großrumänien.

Soeben erschien Heft 3 und 4 dieser Monatsschrift als Doppelheft in der Stärke von 400 Druckseiten. Aus dem reichen Inhalt heben wir eine biographische Erinnerung an den serbischen Publisten M. Valic, dann eine kurze Abhandlung über die Lösung des nationalen Problems in der Schweiz, ferner Skizzen über seine Beiträge zur Geschichte der deutschen Bewegung im Ehemaligen Ungarn tont. Dr. Zimmendoffer bespricht die Frage des Bürgerrechtes vom europäischen Gesichtspunkt aus. Ein Aufsatz über das Genossenschaftswesen in Siebenbürgen enthält wertvolle Daten. Minderheitsfragen, ein Vortrag zu einer neuen rumänischen Verfassung werden besprochen, die Akten zur Zeitgeschichte fortgesetzt. In diesem Heft wird auch mit der Veröffentlichung von Briefen sächsischer Publisten aus dem 60 und 70 Jahren des vorigen Jahrhunderts begonnen, die in unserem Publikum besonderes Interesse finden dürften. Das folgende Heft enthält Briefe des früheren Abgeordneten Obulio v. Zerbes. — Wir empfehlen die Zeitschrift freundlicher Beachtung.

Die künftige Zusammensetzung des Sejm.

Warschau, 29. Dezember. (T. U.) Professor Bugel hat auf Grund statistischen Materials die künftige Zusammensetzung des demnächst neu zu wählenden polnischen Landtages berechnet, wobei er eine Abgeordnetenzahl von 390 zugrunde legte, wie sie in Kraft bleiben soll.

Der Nationalblock hat dürften im künftigen Sejm die Deutschen 14, die Juden 13, die Ukrainer Russisch 41, die Ukrainer Galizien 14, die Ruthenen und Polesien 5, die Weißrussen 8, dann die Polen 107 Sitze erhalten.

Die drückende Wohnungsnot im besetzten Westen.

Die durch die Besatzung im besetzten Gebiet hervorgerufene Wohnungsnot wird dadurch immer drückender, daß die unverheirateten Unteroffiziere mehr und mehr durch verheiratete ersetzt werden, deren Familien natürlich entsprechend mehr Raum beanspruchen. Ganz besonders zeigt sich diese Entwicklung in den letzten Zeit in der belgischen Zone.

In Aachen ist die Zahl der verheirateten Unteroffiziere, die bereits im April 1921 400 betrug, auf über 500 gestiegen. In Düsseldorf-Obercassel hat sich im Laufe dieses Jahres die Zahl der verheirateten Unteroffiziere von 36 auf 75 erhöht. In Geisdorf sind bei einer Einwohnerzahl von 6500 Seelen und rund 800 Wohnungen mit 1400 Haushaltungen 500 Wohnungen von der belgischen Besatzung beschlagnahmt. Bei der Errichtung von 18 Wohnungen für verheiratete Unteroffiziere glaubte das Deutsche Reich eine Linderung herbeiführen zu können.

Die erwartete Entlastung konnte jedoch nicht eintreten, weil unverheiratete Mitglieder einer belgischen Musikkapelle in die Heimat beurlaubt wurden, nach Lockz Zugen verheiratet mit Familien zurückkehren und sofort diese neuen Wohnungen bezogen. Die in Geisdorf bereits vorhandenen verheirateten Unteroffiziere bleiben so bei der Zivilbevölkerung einquartiert. In Mörs ist seit Herbst 1920 die Zahl der verheirateten Unteroffiziere und ihrer Familien von 34 auf 86 gestiegen.

Einstellung der Rentenzahlungen in Danzig.

Der Reichstagsabgeordnete Brüninghaus (D. V. P.) richtet an die Reichsregierung folgende Anfrage:

Wie mir von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, besteht die Absicht, den in Danzig lebenden Pensionen und Rentenempfängern von 1. Januar 1922 kein Ruhegehalt bezw. Rente weiter zu zahlen. Da ein Umzug nach Deutschland bei den jetzigen Zeiten und bei der Unmöglichkeit, Unterkunft zu finden, außerordentlich viele Tausende von Familien dem Elend preisgeben würde.

Ich frage die Reichsregierung, ob die eben mitgeteilte Nachricht zutreffend ist und, wenn ja, ob die Reichsregierung bereit ist, Schritte zu unternehmen, die geeignet sind, die entrissenen Gelder abzuwenden.

Die Hauptstadt von Belgisch-Kongo.

Brüssel, 29. Dezember. (Eigene Drahtmeldung). Wie verlautet, soll zur Hauptstadt des belgischen Kongogebietes die Stadt Kinsasa an Stelle Boma bestimmt werden.

Die Eisenbahnfrage.

Von
Gewerkschaftssekretär **Eugen Roth.**

Das Reichsverkehrsministerium verdoppelt zurzeit seine Bemühungen, der Oeffentlichkeit darzutun, daß Eigentum und Betrieb der Eisenbahnen beim Reich verbleiben müssen. Es hat sich zur Herausgabe einer Broschüre unter (die Reichsbahn, Schriften und Mitteilungen aus dem RMV) entschieden, von der bereits das erste Heft im Druck erschienen ist. Die Eisenbahnverwaltung, die zunächst dadurch stark in die Defensive gedrängt war, daß sie mit ihren großen Mitteln zur Gewinnung des Betriebs mit Verwegerieren ist, als der innerpolitische, außenpolitische und wirtschaftliche Druck eine Regierung nicht mehr zuläßt, geht also nunmehr selbst zum Angriff über. Sie stützt aber mit ihren Maßnahmen auf eine Reihe falls erwartetes, teils nicht vorhergesehener Widerstände, welche geeignet sind, den Erfolg dieser Maßnahmen stark zu beeinträchtigen.

Die erste Schwierigkeit ergab sich beim Arbeitsgesetz, das, grundsätzlich auf dem achtstündigen Arbeitstag fußend, der Verwaltung eine größere Bewegungsfreiheit in der wirtschaftlichen Ausnutzung des Personals bringen sollte. Insbesondere der Bereitschaftsdienst, die Aufsichtstätigkeiten, die bloße Anwesenheit bedeuten da, wo sie früher als voller Dienst berechnet wurden (also insbesondere in Preußen), künftig anders bewertet werden. Die Verwaltung hat den Gesetzentwurf mit den betreffenden Vertretern der Beamtenpersonals beraten versucht; die Verhandlungen sind aber nach kurzer Zeit auf den toten Punkt geraten, weil die Anschauungen beider Seite zu weit auseinandergingen. Am 20. Dezember wurde den Hauptvertretungskörpern des Personals mitgeteilt, daß Verhandlungen über das Arbeitsgesetz jetzt nicht zweckmäßig seien, der Entwurf bereits im Kabinett beraten werden könne. Gleichzeitig wurde diese Ablehnung mit der außenpolitischen Lage und dem persönlichen Wunsch des Reichskanzlers, die Hauptbeamten- und der Hauptbetriebsrat haben daraufhin beschlossen, sich unter keinen Umständen aufschalten zu lassen, und haben dementsprechend Anträge an die Großorganisationen des Personals gestellt. Die Stelle befindet sich also im Stadium des Konflikts, und es besteht die Gefahr, daß die Verwaltung das Gesetz, wenn es zustandekommt, gegen den Widerstand des Personals durchführen muß.

Aber auch beim Etat für 1922 ergeben sich Schwierigkeiten. Zur selben Zeit, als in der Reichseisenbahnverwaltung der Etat durch gesetzliche Zahlengruppierung mit unendlicher Mühe bestimmt wurde, Beschlüsse Organisationen des Personals mit neuen Gehalts- und Lohnsätzen heraus. Die Erfüllung dieser Forderungen würde, wenn im Bereich Reichseisenbahnverwaltung eine jährliche Mehrausgabe von 12½ Milliarden Mark verursachen. Nach allen seitherigen Erfahrungen liegt gleichzeitig im Reich Mehrausgabe und Mehreinnahme bei Etat und 25 Milliarden auf das Jahr 1922 ein Fehlbetrag bedeuten. Daß die Gesamtsumme bis am 1. Februar 1922 eine gewaltige Erhöhung erfahren sollen, obschon um weitere 40—50 Milliarden erhöht werden müssen. Die Reichsregierung hat die Forderungen als zu weitgehend abgelehnt; sie wird sich aber in irgendeiner Art und Weise, wenn auch in erheblichem Umfang, mit diesen Forderungen auseinanderzusetzen müssen. Zudem wird das Jahr 1922 sicher noch mehrere Tarifvereinbarungen bringen. Solche Tarifverträge werden den Aufstieg aufbauen. Etat für 1922 gilt über den Haufen und bewirken, daß er nur papierene Bedeutung hat. Dazu kommt, daß neue, einzigen selbständigen Haushalt, das Personal über den neuen Etat für 1922 gar nicht gerechnet hat. Die Beteiligung des Personals bei der Aufstellung ist nicht nur dadurch gelungen, daß man neben der Personalverschiebung auch eine Ausgabenverminderung hat eintreten lassen. Zweifellos sind dabei manche dem Personal bereits gemachten Zusagen wieder zurückgezogen oder vermindert worden. Auch darin, insbesondere in der Absicht, zunächst einmal 90 000 Handwerker und Arbeiter zu entlassen, liegt wieder ein starker Anlaß zu Konflikten mit dem Personal, das hinsichtlich der Absichten auf Verminderung des Personalstands sich auf den Boden gestellt hat, daß Kündigungen und Entlassungen nur dann in Einzelversuchen mit den zuständigen Betriebsvertretungen und nur dann erfolgen dürfen, wenn den zu Entlassenden ein anderer, mindestens gleichwertige und gleich hoch bezahlte Arbeit nachgewiesen ist. Das Reichsverkehrsministerium wird unter diesen Umständen es nicht ganz leicht haben, in den

A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Reichshauptstadt.

Streik der Kraftdroschkenbesitzer.

Das Polizeipräsidium greift ein.

Im Polizeipräsidium finden heute Verhandlungen zwischen dem Polizeipräsidenten und den Kraftdroschkenbesitzern statt, in denen die Möglichkeit einer Wiederaufnahme des Kraftdroschkenverkehrs erörtert wird. Wie man hören, wird man seitens der Behörden den Kraftdroschkenbesitzern Garantiemaßnahmen bei den Verhandlungen mit Streikenden auf die unabhängigen Betriebsräte der Kraftwagen und des Polizeipräsidiums zwecks Ist und einen Verbot gegen die Streikpostenvorschriften bedeutet. Im Anschluß an diese Besprechungen sollen auch Verhandlungen zwischen dem Polizeipräsidenten und den Kraftdroschkenfahrern, die bekanntlich die Aufhebung der Nummernsperre fordern, stattfinden.

Streik der Mühlenarbeiter.

Die Berliner Dampfmühlen stillgelegt.

Heute morgen haben in allen Berliner Dampfmühlen die Mühlenarbeiter die Arbeit niedergelegt und, soweit es sich bis jetzt übersehen läßt, auch die Heizer und Maschinisten, Speicher- und Transportarbeiter zu einem gleichen Vorgehen veranlaßt. Der Grund zu dieser Maßnahme ist in Lohnforderungen zu suchen. Die Arbeitnehmer verlangen unter Hinweis auf die in der Provinz gezahlten Sätze einen Wochenlohn von 600 Mark, während die Arbeitgeber den bisherigen Wochenlohn von 450 Mark auf 470 Mark erhöhen wollen, weitere Zugeständnisse aber ablehnen. Am letzten Weihnachtsfeiertag beschlossen die Mühlenarbeiter daraufhin den Eintritt in den Streik, nachdem eine Abstimmung eine große Mehrheit für die Streikentscheidung ergeben hatte. Die Zahl der Streikenden beträgt auf 600, die sich auf fünf große Berliner Dampfmühlen verteilt. Wenn auch die Stillegung der Berliner Mühlen für die Mehlversorgung Berlins momentan keine dringende Gefahr bedeutet, da die meisten Bäcker mit einem für mehrere Tage ausreichenden Mehlvorrat versehen sind, so ist bei einem längeren Andauern des Streiks doch mit dem Eintreten von Schwierigkeiten in der Belieferung der Bäckereibetriebe mit Mehl zu rechnen.

Japanisches Weihnachtsgeschenk für arme Kinder. Das Japanische Rote Kreuz, die amtliche Präsidentschaft des Industriellenvereins und der Polizei-Präsidium hat als Weihnachtsgabe für arme, bedürftige Kinder abgesandt Wert der Mitgenommen Deutschen Gewerkschaftsbund übernommen, welcher Einzelheiten den Verteilungsmodus von Berlin geben hat, über den Betrag verfügen zu wollen. Ehrenamtlich Böh hat den Präsidenten Geh Hofrat Telegraphisch aufrichtigen Dank übermittelt.

42 822 Handwerksbetriebe in Groß Berlin. Die Handwerkskammer zu Berlin hat die Verzeichnis der Handwerksbetriebe zu den Kreisen der Handwerkskammer für das Rechnungsjahr 1921/22 durchgeführt. Es haben sich dabei in Groß Berlin insgesamt 42 822 Handwerksbetriebe ergeben, die ein Gewerbesteuersoll von 2 960 107 ℳ und die Handwerkskammer ein Beitragssoll von 2 328 330 ℳ aufweisen. Davon als die Zahl der Handwerksbetriebe entfällt auf Mitte. Die Bezirksgruppe 1 bis 4 zählen 23 001 versorgte Betriebe; ferner weiten an Handwerksbetrieben auf: Charlottenburg 3203, Spandau 1038, Wilmersdorf 1419, Zehlendorf 264, Schöneberg 2048, Tempelhof 1281, Neukölln 2484, Treptow 1031, Köpenick 760, Pankow 1094, Weißensee 1081, Pankow 946 und Reinickendorf 859. Auf den zum Bezirk der Handwerkskammer zu Berlin gleichfalls gehörenden Regierungsbezirk Potsdam entfallen 12 990 Handwerksbetriebe mit einem Gewerbesteuersoll von 793 614 ℳ und einem Beitragssoll von 205 120 ℳ.

Rettung eines Kindes aus der Spree. An der Gerichtsbrücke jurge heute früh gegen 10 Uhr ein etwa 10jähriges Mädchen beim Spielen auf dem Abgrüntiefe der Oberwasserstraße ins Wasser. Durch eine sich sammelnde große Menschenmenge konnte die Strombehörden zum Stehen. Aus einem dieser Boote lief der Polizeiboot Walter Bartel und Gollmann L. W., der sofort ins Wasser sprang. Die Rettung gestaltete sich sehr schwierig, da das Mädchen von der Strömung mitgerissen wurde und bereits untergingen. Es gelang Bartel, mehr als gehemmt zwischen mehrere Kinder, die Mädchen nicht nur das Kind, sondern auch den kühnen Schwimmer bereits entgegenschaffen hatte, sondern es mit dem Schwimmer Kopf im Arm zur Oberfläche gebracht. Die Rettungsmannschaft hatte sofort Wiederbelebungsversuche an, die nach einiger Zeit erfolgreich waren. Das Kind wurde zur Rettungswache geschafft werden. — Der Retter, ein früherer Kriegsjäger des Garde-Schützen-Bataillons, trug das Eiserne Kreuz 1. Klasse, die Rettungsmedaille und andere Auszeichnungen.

Die neuen Fernsprechgebühren.

Wie wir von unterrichteter Stelle erfahren, wird vom 1. Januar 1922 ab ein Anschluß von 80 ℳ auf die bisher geltenden Fernsprechgebühren erhoben, und zwar heißt, daß bei der Schlußrechnung zur Gesamtrechnung ein 80 % iger Aufschlag hinzugefügt wird. So kostet der Anschluß einer Hauptanschlußleitung, welche bisher 750,— ℳ betrug, in Zukunft 1350,— ℳ, für einen Nebenanschluß waren 200,— ℳ, für ein Gespräch 0,45 ℳ und für ein Automatengespräch 0,60 ℳ zu zahlen.

Noch eine wesentliche Erhöhung der Fernsprechgebühren gerade die mittleren Betriebe und kleinen Geschäfte außerordentlich hart trifft, haben wir schon mitgeteilt gemacht. Man wird abwarten müssen, ob durch diese Maßnahme das Postdefizit gedeckt wird, ganz abgesehen von dem wirtschaftlichen Schaden, der bestimmt eintreten könnte, daß viele Gewerbetreibende einfach nicht mehr in der Lage sind, diese Kosten zu tragen, und ihren Anschluß kündigen.

Das Schicksal der Villa Cambio in Wannsee. Das schon wiederholt Gegenstand der Beratung in der Stadtverordneten-Versammlung gewesen ist, wird am nächsten Dienstag die Bezirksverordnetenversammlung beschäftigen. Die Frage der Unterbringung und Einrichtung des Jugendheims Zehlendorf Westkamms — der Bezirk 10 besitzt kein Nachbau — kann bei dem Mangel an anderen geeigneten Räumen in Zehlendorf nur dadurch gelöst werden, daß die leeren Räume der Villa Cambio auf dem Grundstück Kronprinzenweg für Jugendheim verwendet werden. Als die allein in Frage kommenden Räumlichkeiten für Schwestern sind nur die Räume in der Villa Cambio in Wannsee angeboten worden. Die Verwaltung soll auf sechs Jahre unter der Bedingung erfolgen, daß die notwendigen Umbauten von der Einsatzverwaltung übernommen werden. Die Deputation für Finanzen und Grundeigentum hat bei gleichzeitig mit der Bewilligung einverstanden erklärt unter der Bedingung, daß keine Kosten entstehen, die Frage der Verwendung des Mathaeus Mitglaßer der Bestimmung der Bezirksbehörden vorbehalten bleibt und keine Unkosten weder von Nikolassee noch von Wannsee unterzubringen sind.

„Der Kreisbaurat". Das Preußische Staatsministerium hat den Kreiskommunalverbänden allgemein die Erlaubnis zur Einführung der Amtsbezeichnung „Kreisbaurat" erteilt. Es müssen dabei aber bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden. Der Kreisbaurat, dem diese Amtsbezeichnung beigelegt werden soll, muß mindestens in die Gruppe 10 der tariflichen Besoldungsordnung oder in eine höhere Gruppe eingereiht sein. Seine Stellung muß eine leitende sein, d. h. einerseits die technische Leitung des betreffenden Bezirksbauamtes und die Fachaufsicht über nachgeordnete Beamte oder Fachleiten unmittelbar, andererseits selbst unmittelbar dem Kreisausschuß oder dem Landrat unterstellt sein.

Unterschlagung bei der Polizeihauptkasse.

Rechner verhaftet.

In der Unterschlagung bei der Polizeihauptkasse erfahren wir, daß der Hausmeister Polizeiamtsrat Kibler, der Unterabteilungsleiter Willi Rechner vom Stabe der Polizeiamtsrat Kibler, der Unterabteilungsleiter Willi Rechner vom Stabe der Polizeipräsidium in der vergangenen Nacht in Haft genommen wurde und beim Polizeipräsidium gebracht worden ist.

Die Feststellung ist der Schwester Rechners zu verdanken. In der Kindersitzung zu Königsberg weilte die Mutter Rechners. Diese erhielt ebenso wie ihre Schwester von dem Abschlußen eines Postkarte von der Verbrechen im Kriegsjahre. Nach dem Inhalt dieser Rechner die Absicht, mit Kibler vom Kriegsgebiete aus Verwandte in Grünberg in Schlesien zu besuchen. Die Schwester fuhr nun sofort dorthin, um die beiden zu erwarten. Die kamen denn auch, die Verwandten jedoch, die aus den Zeitungen und von der Schwester Rechners schon erfahren hatten, was vorlag, wiesen beiden die Tür. Die Schwester Rechners versuchte nun ihren Bruder sowohl als auch Kibler zu bewegen, mit ihr nach Berlin zu fahren und sich selbst der Kriminalpolizei zu stellen. Kibler lehnte das jedoch ab und erklärte, daß er sich über aufbringen werde. Rechner folgte dem Vorschlage der Schwester und fuhr mit ihr zunächst nach Rüdersdorf. Hier hatte die Kriminalpolizei sofort die Wohnung der Mutter unter Beobachtung gestellt. Als nun der Flüchtige mit seiner Schwester in der vergangenen Nacht ankam, wurde er verhaftet und nach Berlin gebracht.

Heute früh wurde er eingehend verhört. Auch die Schwester wurde gleich vernommen. Rechner legte sofort ein Geständnis ab. Er lernte Kibler bei einiger Zeit kennen, verfehlte seitdem viel mit ihm, wurde sich wiederholt über seine ziehen Geldangelegen, wurde aber über den Umfang des Diebes von ihm zunächst im unklaren gehalten. Erst später bestahl ihn Kibler ein und unterrichtete ihn dann nach und nach auch genauer über seine Verunreinigungen und seine Pläne. Am Donnerstag voriger Woche lud Kibler seinen Freund zu einer gemütlichen Tee, bei dieser Gelegenheit ist man und mit ihm zu fliehen. Die beiden begaben sich alsbald nach dem Bahnhof und fuhren nach dem Riesengebirge. Sie planten, von der Bahnhofe aus über die Grenze zu gehen. Auf Veranlassung Rechners aber fuhr man zunächst nach nach Grünberg. Die Verwandtschaft der Kaiserslandung führte dann auf die Spur der Flüchtigen und auf Rechnerin und Schwester zur Rückkehr Rechners. Kibler trennte sich in Grünberg von seinem Freunde und seiner Schwester und hat unabhängig von dem nach der Grenze eingeschlagen und diese vielleicht auch schon überschritten. Rechner erhielt von Kibler 110 000 ℳ, die er zum größten Teil noch bei sich hatte.

Zum Zoologischen Garten findet am Neujahrstage ein Nachmittagskonzert von 4—6 unter Chormeisterleitung Kuch statt. Der Eintritt am 1. Januar kostet nur 2 ℳ, für Kinder die Hälfte. Ab 2. Januar beträgt der Eintrittspreis Sonnt- und Wochentags 5 ℳ, Kinder die Hälfte. Der billige Preis am ersten Sonntag des Monats bleibt bestehen, ebenso der Eintritt für das Aquarium.

Zu Kaberett „Mit Vergnügen" kann man sich heute Bauer wieder. Hierzu Mario Costa, der bekannte Star und Clou des Kleinkunstbühne Theater Nollendorfplatz. Dann die Wiener Schönheit Lilly Gorsky, Mia Marx mit einem Napoleon-Chansons Mia Bergemann, die jugendliche Jugendausgabe von Claire Waldoff ist ein Geheimtipp vorrangt. Weiterhin: die lange Tänzer- und Verwandlungskünstlerin „Eden Gard" der Blitzkicker, Impressionist Richard Schwarz und die Conferencier Karl Kellers, der mit viel Liebenswürdigkeit seines Amtes walten. Daneben noch zahlreiche weitere Nummern. Für Tischreservierungen „Mit Vergnügen" wurde zu empfehlen.

Film.

Die Henny-Porten-Filmgesellschaft hat mit den Vorbereitungen zu dem großen historischen Kostümfilm „Mona Lisa" begonnen. Die Titelrolle spielt Henny Porten.

Reorganisation der „Afa". Wie die „Lichtbild-Bühne" mitteilt, sind die Differenzen zwischen der Hannes-Planers Gmbh. dem Finanziers und den Herren Blumenthal und Rachmann dadurch beseitigt worden, daß sämtliche bestehenden Unternehmungen der Hamilton-Film Corporation übertragen werden, an welcher Hannes-Planers mit 50 Prozent, Herr Blumenthal und Rachmann mit 25 Prozent beteiligt sind. Rachmann wurde zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates künftiger Afa-Gesellschaften bestellt und Ben Blumenthal zu Präsident der Hamilton-Film Corporation in New York gewählt. Es sieht somit eine völlige Reorganisation der „Afa" bevor.

Barometer- und Thermometerstand bei Bettwarm. Arzebrüdt. 65

Am 28. abends	9 Uhr 742 mm	+ 04 Grad C
Am 29. morgens	7 Uhr 758 mm	+ 5 Grad C
Am 29. mittags	14 Uhr 754 mm	+ 6 Grad C

Morgen veränderliches Wetter in Berlin und Umgegend.

Ein wenig kälter, zeitweise sonnenarm, jedoch überwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und frischen westlichen Winden.

JACoBINER DER DEUTSCHE LIKÖR

Union Palais KURFÜRSTENDAMM 26
TANZ-TEE MIT VORFÜHRUNGEN 5 UHR IM PALAIS
Nestor und May übertreffen in ihren mondänen Tänzen alles bisher Gebotene.

C. LINDENBERG
Fischgrosshandlung
nur Markgrafenstr. 35
Spezialität: Feinfische
Leb. Bachforellen
„ Karpfen
„ Schleie
„ Hechte
Frischer Räucherlachs, Seezungen, Steinbutt; täglich frische Zufuhr; billigste Tagespreise. — Bei Bestellungen von ca. 100 Mark an — liefere frei Haus
Fernruf: Zentrum 150, 555, 262

Bluthner FLÜGEL-PIANINOS
Alleinvertrieb für Groß-Berlin
B. Neumann, Berlin W 30
Kurfürstendamm 228
Bitte Anzeigen auch in anderen Blättern!
Inach - V. Berdux - Thürmer
Steinpl. 13717

Ludwig Glenk Inhab. Edgar Worch
& Heppner's Erben
Antiquitäten
Unter den Linden 51 Centrum 4629

WALDORF International Kurfürstendamm 187
Dejeuner . . M. 25,—
Neu! Souper . . . M. 50,—
Stadtküche
Ab 7 Uhr Künstler-Kapelle
Tischbestellungen Steinpl. 14418

Bärenfang (ges. gesch.)
Ostpreussisches Nationalgetränk
Alleinige Fabrikanten:
Likörfabrik u. Cognacbrennerei
Wilh. Ziemer G. m. b. H. Königsberg i. Pr.
Gegründet 1852
Generalvertreter für Gross-Berlin:
M. Hein, Berlin W. 50, Ansbacher Str. 49
Fernruf: Steinplatz 6988

Eine Anleitung zum künstlerischen Sehen
finden Sie in den Werken von
Du und das Bild
Mit großer Bildqualität und wunderbarer bildmäßiger Gynade ausgeführt
VERLAG DORS & WEBER G. m. b. H. LEIPZIG

Suchen Sie erstklassige Qualitätsweine dann verlangen Sie
Wilhelm 6607
Willy H. Hofmann
Weingross-Agentur
CHARLOTTENBURG 4
Wallstraßen 49
Telegramm-Adresse: Frankenweine Berlin.
Ausführung von Bestellungen aus dem Publikum.
Preisliste auf Wunsch.

Pianos Ph. Link, Berlin N. 4
Klaviermacher
Bergstrasse 25 (Invalidenstr.-ecke)

Perlen Juwelen
Edelsteine
Margraf & Co.
Kanonierstrasse 9
Tauentzienstrasse 16 a.
Eigene Schmuck-Abteilung.

Robert Heil's Nährzwieback
— von hervorragenden Aerzten empfohlen —
zeichnet sich durch hohen Nährwert, leichte Verdaulichkeit und sehr angenehmen Geschmack aus.
Robert Heil, Hofbäckermeister
Berlin NW. 7, Dorotheenstrasse 19.

Prüfet alles und behaltet das Beste!
Egon Braun Auslese Hamburg

MÄDLERS EINRICHTUNGS-KOFFER
MORITZ MÄDLER
Gegr. 1850 FRIEDRICH-STR. 62 GEGR. 1850

HESSE & HAARS / BREMEN
Weingrosshandlung
Geschäft gegründet im Jahre 1743
Vertreter werden noch für verschiedene Plätze gesucht
7904

GEBR. GAUSE
Königliche Hoflieferanten. — Gegründet 1846
Berlin C., Brüderstrasse 7
Spezialitäten:
allerfeinste Tafelbutter, allerfeinste Tiefbutter
aus täglich frischen Eingängen
Berliner Bratenschmalz
mit Aepfeln und Zwiebeln, Marke Kornblume
eigenes Fabrikat
H. Margarine — H. Kernseife — H. Waschsoda
diverse Garten Käse
Versand in Berlin frei Haus.

Der Klubsessel in höchster Vollendung
Deutsche Ledermöbel-Fabrik Berlin G. m. b. H.
W. 9, Potsdamer Str. 21 b, zwischen Potsdamer Platz u. Brücke.

Möbel-Fabrik Rob. Seelisch
Berlin O 112, Rigaer Str. 71-73a, 5 Minuten von Bahnhof Frankfurter Allee
empfiehlt zu bekannt billigen Preisen bei solider Ausführung
Komplette Schlafzimmer Speisezimmer Herrenzimmer Küchen
stets in reichster Auswahl vorrätig
Gediegene Möbel bekannt bekäufer Zeit bestehende Lager.

HOFFBAUER-STIFTUNG POTSDAM-HERMANNSWERDER
JUGENDHEIM (vom 2. Jahre an) mit KYZEUM für Mädchen u. jung. Knaben.
FRAUENSCHULE mit staatl. Berechtig.
HAUSHALTUNGSSCHULE
ERHOLUNGSHEIM
Idyllische Lage am Wald u. Wasser.

Elegante Herrenmoden
Fertig und nach Maß
Fahrtverbindung Kottbusser Tor
Fahrtverbindung Kottbusser Brücke
Britzerstraße 201
Telef. Rathenauplatz

Obst-, Südfrucht- und Gemüsehandlung
Heinrich Frobart
Berlin SW 11
Königgrätzer Strasse 59
Fernruf: Nollendorf 2219

Automobil-Transport-Gesellschaft
G. A. Rentsch & Co., Berlin S 110 66 Alexandrinenstr. 101
Telephon Moritzplatz 11 957
Lastwagen vermietbar.

OSLAG
SPEDITION ◆ UMSCHLAG
Sammelverkehr nach dem Osten
KÖNIGSBERG i. Pr.
Vordere Vorstadt 50/52.

ZWEI SIEGER IM WETTLAUF:
Vobachs Damen-Wäsche-Album
Preis M. 7.—
Vobachs Kinder-Wäsche-Album
Preis M. 6.50
ca. 1000 praktisch verwendbare Wäsche-Modelle in lückenloser Vollständigkeit, 4 gemeinfertige, farbige Bilder. Ein Doppelbog. in Abplatmuster. Zu jedem Modell jing gebrauchsfertige Vobach-Schnitte erhältlich
Bestellen Sie bei einer Buchhandlung oder, wo eine solche nicht bekannt, gegen Einsendung des Betrages nebst 80 Pf. für Porto auf Postscheckkonto Leipzig 21126 beim Verlage W. VOBACH & CO., LEIPZIG

Die HAWA Waggons und HAWA Spezialwagen beherrschen den Weltmarkt!
HAWA-AG-HANNOVER-LINDEN

Nr. 600. Donnerstag **Volkswirtschaftlicher Teil.** 23. Dezember 1921

Vom Geldmarkt.

Von einer wesentlichen Veränderung der Verhältnisse auf dem Geldmarkt ist angesichts der bevorstehenden Jahresschlußtermine nur wenig zu spüren. Ein Geldbedarf hat sich in letzter Zeit dadurch geltend gemacht, daß die Banken erhebliche Einzahlungen auf die schwebende Ion Engagements, die keineswegs vollkommen abgelöst worden sind, vorlangt haben. Der Bedarf der Privatpublikum, der sich abhebhin um diese Zeit etwas steigert, ist dadurch noch grösser geworden, daß man bestrebt ist, die bei den Banken und Bankiers liegenden freien Gelder so niedrig wie möglich zu halten, um also am Ultimotermin nicht in den Vermögensbestand aufnehmen zu müssen. Es ist das auch eine gewisse Thesaurierung des Geldes und dürfte an einem kleinen Teile den Zweck für die ausserordentliche Zunahme des Notenumlaufs abgeben. Wenn das Geld am offenen Markte ein wenig teurer geworden ist, so liegt darin keineswegs das Zeichen einer Geldknappheit, sie vielmehr mit darauf zurückzuführen, daß tägliches Geld und auch Geld auf längere Termine nur höchst ungern abgegeben wird. Eine derartige Geldhortung im Verbindung mit der Hinterlegung von Effekten und sonstigen Sicherheiten ist ein recht unerfreuliches und zeitraubendes Geschäft; die mit der Hereinnahme und Herausgabe von Effekten verbundene Arbeit erfordert indem viele Kosten. Die flüssigen Gelder kann man auf eine wesentlich leichtere und billigere Art anlegen, und zwar durch Ankauf von Schatzscheinen, die ja doch immerhin bis zu 4½ % Zinsen geben, während tägliches Geld noch nur 4% bis höchstens 5% bedingt.

Im ganzen hat der Geldmarkt überhaupt schon seit geraumer Zeit sehr wesentlich an Bedeutung verloren, weil eben reine Geldgeschäfte nur noch in ganz beschränktem Umfange gemacht werden, der Geldbedarf auf andere Weise gedeckt wird. Die Banken und Bankiers sind infolge der Effekten- und Devisenspekulation genötigt, anderweitig selbst grösseres Geld zu leihen; ausserdem braucht der Handel und die Industrie vielfach nicht unerhebliche Mittel. Die dafür berechneten Zinsen und Provisionen machen diese Art des Bankgeschäfts an sich zu einem recht lukrativen.

Reichsbank.

23. Dezember.	sämtliche Zahlen in 1000 ℳ		
	23. Dez. 21	30. Dez. 21	23. Dez. 20
Metallbestand	1 004 142	1 003 171	1 097 268
davon Gold	993 695	993 696	1 091 640
Reichs- und Darlehnskassenschein	6 208 644	4 023 261	21 469 333
Noten und Rand	7 734	7 131	2 440
Wechsel, Scheck-	1 407 995	1 437 216	
Diskont. Schatz-anweisungen	117 037 368	116 538 786	53 741 766
Lombardforderungen	15 016	35 674	12 958
Effekten	201 607	182 776	190 498
Sonstige Aktiva	7 786 670	8 321 016	10 514 177
Grundkapital	180 000	180 000	180 000
Reservefonds	121 413	121 413	104 358
Notenumlauf	108 995 559	104 667 851	67 125 736
Reichs- u. Darlehnsguthaben	5 190 929	5 756 925	14 154 251
Privatguthaben	16 668 271	15 341 766	15 241 766
Sonstige Passiva	2 584 990	2 383 081	5 454 262

Dem vorliegenden Ausweis der Reichsbank vom 23. d. M. wird im wesentlichen durch die besonderen Kredit- und Zahlungsmittelansprüche, die der Weihnachtsverkehr und die Vorbereitungen für den Jahresabschluss in den letzten Dezemberwochen an die Bank zu stellen pflegen, das Gepräge gegeben. Die gesamte Kapitalanlage zeigt entgegen der sonst in der dritten Monatswoche zu beobachtenden Verminderung diesmal eine, wenn auch verhältnismässig geringe Zunahme. Die bankmässige Deckung allein ist um 469,3 Mill. Mark auf 718 445,3 Mill. M. gestiegen. Auf der anderen Seite haben die freien Gelder in der Hauptsache unter der Einwirkung von Zahlungsmittelabflüssen eine Abnahme um 200,5 Mill. M auf 21 782,2 Mill. M. erfahren. Die Zunahme des Umlaufs an Banknoten und Darlehnskassenscheinen zusammen beläuft sich in der Berichtswoche auf 4025 Mill. M. Im einzelnen ist der Banknotenumlauf diesmal um 4427,7 Mill. M. auf 138 995,6 Mill. M. angewachsen, während der Umlauf an Darlehnskassenscheinen um 382,9 Mill. M. auf 7052,2 Mill. M. zugenommen hat. Die Darlehnskassen hatten in der dritten Dezemberwoche ebenfalls verstärkten Kreditanspruchen zu genügen. Die Summe der ausstehenden Darlehen hat sich um 2567,1 Mill. M. auf 14 213,1 Mill. M. gehoben. Da die Darlehnskassen eines dieser Zunahme entsprechenden Betrag an Darlehnskassenscheinen an die Reichsbank abzuführen hatten, so haben sich die Bestände an Darlehnskassenscheinen unter Berücksichtigung der in den Verkehr abgeflossenen Beträge um 2184,1 Mill. M. auf 6110,8 Mill. M. erhöht.

Die Finanzgebarung des Reiches.

Das Reich vereinnahmte in der zweiten Dezemberdekade an Ueberschüssen der Finanzkassen aus den Steuern, Zöllen, Abgaben und Gebühren 1 722 956 000 ℳ an die Ausgaben beliefen sich auf 6 136 722 000 ℳ. Die Betriebsverwaltungen brachten 141 790 000 ℳ zur Ablieferung, und war die Post 269 890 000 ℳ, während die Eisenbahn einen Zuschuss von 127 490 000 ℳ erforderte. Seit Beginn des neuen Finanzjahrs entwickelten sich die Einnahmen und Ausgaben des Reichs wie folgt:

	1. Halbjahr 1921/22	Oktober	Novbr.	3. Dez. Dekade
	in Millionen Mark			
Ausgabe	20 470	4 318,5	19 187,1	17 22,9
Ab. Vorschuß	44 070	7 429,5	8 647,8	4 409,4
Bedarf	43,9		8 647,8	4,56
Einnahme	61 553	11 735,7	27 850,3	6 136,7
Allg. Verwaltungsausg.	45 602	9 826,7	24 642,4	5 609,4
Fund. Schuld	—	1 231	—	—
Schuldzins.	10 504	1 581,9	1 605,9	579,1
Zinsschuldzins	8 486	1 118,6	1 413,7	1 452,6
Ausgabe	61 553	11 735,3	27 860,0	6 136,7

Zu Beginn des neuen Finanzjahres, am 1. April d. J., betrug die schwebende Schuld des Reiches an diskontierten Schatzanweisungen 153 346 187 000 ℳ. Im Laufe des Finanzjahres traten hinzu (in 1000 ℳ):

in Monat		in der Dekade	
April	6 305 543	1. Okt.-Dek.	2 120 960
Mai	4 008 187	2. „	2 300 490
Juni	3 260 040	3. „	2 970 000
Juli	5 643 200	1. Nov.-Dek.	— 705 540
August	12 101 270	2. „	2 907 000
September	7 632 290	3. „	5 384 140
Oktober	7 400 160	2. Dez.-Dek.	6 984 450
November	15 632 030	3. „	4 470 160

Seit 1. April dieses Jahres hat sich die schwebende Schuld um 72 523 513 000 ℳ auf **237 869 800 000 ℳ**, am 20. Dezember dieses Jahres vermehrt.

Pfälzische Bank.

Eine neue Aktienversammlung.

Eigener Drahtbericht.

Die Aktionäre der Pfälzischen Bank waren gestern abend von den Führern ihrer Interessenvereinigung zu einer Versammlung in den Mannheimer Rosengarten geladen worden, an der ungefähr 300 Personen erschienen waren. Rechtsanwalt Dr. Avenarius-Nürnberg erkannte in seinem einleitenden Referat, dass die Deutsche Bank auf Ersuchen der Direktion der Pfälzischen Bank die Situation geretet habe. Sie habe das aber nicht aus altruistischem Grimm getan, sondern sie sie gewusst habe, dass sie mit der Uebernahme der Bank ein glänzendes Geschäft machen werde. Wenn die Deutsche Bank und die Rheinische Kreditbank nicht gewillt seien, den Aktionären eine angemessene Entschädigung zu gewähren, werde man Verhandlungen mit dem Ausland in Betracht ziehen. Es brauche jedoch nicht das feindliche Ausland zu sein. (Diese Aeusserung des Redners löste angesichts der Tatsache, dass man von französischer Seite bereits versucht hat, sich in den Besitz möglichst grosser Aktienbestände zu setzen, um dadurch wirtschaftlich festen Fuss in der Pfalz fassen zu können, lebhafte Pfui-Rufe aus.) Die moralische Verantwortung hierfür will der Redner der Deutschen Bank aufbürden. Es sei ein Gebot, gesteilte Umstände von Aktien der Pfälzischen Bank gegen solche der Rheinischen Kreditbank. Könne wenig reüssen, sodass man nicht wisse, zu welchen Bedingungen das geschehen solle. Jedenfalls müssten die Aktionäre schon von dem 3. Jahre an rechnen, ohne nicht in der Generalversammlung vertreten zu werden. Die Art, wie die Rheinische Kreditbank eine Kapitalserhöhung durchgeführt wissen wolle, eröffne für die Aktionäre der Pfälzischen Bank nur wenig Hoffnungen. Die Interessengemeinschaft habe mit Grossaktionären und anderen Finanzgruppen Fühlung aufgenommen, die Pfälzische Bank wieder auf eigene Füsse zu stellen. Die Aussichten dafür seien aber gering, da die Forderungen dieser Gruppe mindestens 250 Millionen nicht aus den Kreisen der Aktionäre aufzubringen sei. Es ist bekanntlich, dass die Bank Ende Juni vor der Generalversammlung über die Gewährung einer angemessenen Entschädigung zu verhandeln.

Bankdirektor Gleim-Nürnberg berechnet den Verlust, der der Pfälzischen Bank entstanden sei, auf 340 Millionen und glaubt, dass demgegenüber an Werten zur Verfügung stehen das Aktienkapital mit 75 Millionen, offene Reserven 75 Millionen, stille Reserven 75 Millionen, Gewinne des laufenden Geschäftsjahres 55 Millionen, Mehrwert des Bankgebäudes über den Buchwert 30 Millionen, Bankeinrichtungen 25 Millionen, zusammen 340 Millionen. Direktor Gleim fordert eine Entschädigung der Aktionäre von 300 %.

In der Diskussion wurde u. a. die Schadensfeststellungen des Redners, die Haftung man von juristischer Seite aber als äusserst schwierig bezeichnete. Ferner wurde die Aufstellung einer Vertrauensmann-Kommission in der Versammlung gefordert, sowie der Umtausch der Aktien der Pfälzischen Bank gegen solche der Rheinischen Kreditbank im Verhältnis 5:1. Zum Schluss wurde ein Ausschuss gewählt, bestehend aus Justizrat Meyer-Heidelberg, Bürgermeister Dr. Dahlen-Dürkheim und Direktor Reimann-Ludwigshafen. Er soll bei der Pfälzischen Bank und den beiden anderen Grossbanken vorstellig werden, um die Bekanntgabe des Fusionsvertrages, der Ergebnis der Prüfung der Pfälzischen Bank und die Vorlage der Schlussbilanz vor der Generalversammlung sowie die Bekanntgabe sämtlicher an die Direktion gerichteten Anträge zu fordern. Ferner soll er eine Eingabe an das Bayerische Handelsministerium bezüglich der Unterstützung der Interessen der Pfälzischen Bank einreichen.

Die deutsche Baunormung.

Obgleich der Normenausschuss der deutschen Industrie und dessen Fachausschuss „Baunormung" bereits seit naheuu drei Jahren weitreichende Tätigkeit entfalten, zeigt sich immer wieder, daß in vielen Kreisen noch Unkenntnis hinsichtlich ihrer Wesen, Aufgaben und Ziele der Baunormung herrscht. Die während des Krieges fast gänzlich unterbundene Baugesetzgebung und die jetzige grosse Wohnungsnot haben Bauten und grosse Bodenlungsanlagen erforderlich gemacht, die grösstenteils aus Mangel an Normalien, d. h. allgemeinen Mitteln weitgehend unterstützt werden. Es wird sich darum handeln, billige Bauten durch einfachste und zweckmässige Mittel herzustellen. Hier setzt die Baunormung ein. Für die besonderen Zwecke des Hochbaues wurde mit ärztlicher und kaufmännischer Unterstützung die Reichsdeutschbaunormung gegründet, die in den einzelnen Landesteilen durch zweckmässige Landesnormen ergänzt wird. Diese Stellen haben es sich zur Aufgabe gemacht, unter Mitwirkung von Architekten, Unternehmern und Handwerkern für die verschiedenen immer wiederkehrenden Bau- und Bedarfsgegenstände, wie Fenster, Türen, Treppen, Heizkörper, Dachfenster, Dachziegel, Dachrinnen, Abfallrohre, Baubeschläge usw. verschiedenen Typen, d. h. Normen, zu schaffen. Es wurden Reichsnormen und entsprechend den klimatischen und landschaftlichen Eigenschaften der einzelnen Landesteile Landesnormen entwickelt, die den Bedürfnissen des Kleinhausbaues angepasst sind, ohne das Baudurchschnittsniveau herabzudrücken und gefällige Gestaltung der Normteile beeinträchtigt sind. Bei einer umfangreichen Verwendung der Baunormen erfolgt eine ganz beträchtliche Verbilligung und wesentliche Vereinfachung und Verkürzung, da bei Ausschreibungen, Bestellungen und Abrechnungen die Aufgabe der betreffenden DI.-Norm-Nummern genügt und längere Erläuterungen und Beschreibungen überflüssig werden. Auch Missverständnisse werden vermieden und es entfällt das Massenhemmen am Bau selbst, sofern der Bauleiter auf die festgesetzten Normen Anschlussmaße der genormten Teile geschtet ist. Ausser diesem wirtschaftlichen Vorteilen sei noch besonders hervorgehoben, daß die Baunormung eine Typung von Klein- oder Siedlungshäusern nicht in Arbeit nehmen will. Eine Festlegung ganzer Gebäude oder Grundrisse ist grundsätzlich vermieden und damit der Forderung Ausweitung des Baukunst und der Tätigkeit der Architekten keinerlei Zwang auferlegt.

Deutsche Volkswirtschaft.

Die neuen Brennstoffpreise. Nach der Bekanntmachung vom 19. Dezember ist der amtliche Verkaufspreis für Brennstoffe zu gewerblichen Zwecken gleichen Brennwert von 20. Dezember an auf 1020 M. für 1 M Steinkohle erhöht, vgl. unsere Mitteilung in Nr. 588 der „D. A. Z." vom 21. d. M. Auf Grund dieser Bekanntmachung hat das Reichswirtschaftsamt für Braunkohle die der Bekanntmachung vom 28. November d. J. veröffentlichten Bestimmungen für Braunkohle, Briketts, unterhalb der Entschädigungsgrenze des Kapitäners 700 M. je Doppelzentner W., namentlich der Entschädigungsgrenze 8500 M. alle weiteren wird nur Briketts von Braunkohlenverzugsmassen nur Spelt aus Inlandsbestanden an den gewerblichen Zweck abgegeben; — ferner von nicht öffentlichen Krankenanstalten, Lazaretten, Arzneimittelfabriken, Drogisten, Apotheken, Parfümerielabriken usw. ausführlicher Petzmuth bei Bezug in Kesselwagen 4000 M. je bl W.; — ferner dagegen für öffentlichen Krankenanstalten bei Bezug in Kesselwagen 600 M. je bl W.; — zur Bezeichnung von Spelsenbezug innerhalb der Jahresbezugsmenge Rohspritzus 1000 M. unfiltrierte Planzsprit 1050 M. des gesamthalb der Jahresbezugsmenge 1050 bzw. 1100 M. je bl W.

Es vergüldet Braunkohlen für gewerbliche Verwendung ist ein Abkommen zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und dem Reichskohlenverband. Es wird für Braunkohlen, die nicht unter die Entschädigungsgrenze fallen, der Preis für Braunkohlen, Briketts und Staubkohle